

Gerd Zeitler: Notizen für die attac-Winterschule 2014

Europa: Bundesstaat oder Staatenbund

siehe auch: <http://gerdzeitler.wordpress.com/eu-bundesstaat-oder-staatenbund/>

Zentrale Frage: Wie können wir ein demokratisches Europa der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit gestalten?

Anders gefragt: Wie können wir die europäische Integration bei bestehender Vielfalt (bzw. Inhomogenität) demokratisch und wohlfahrtsorientiert gestalten?

Grobe Antwort: Wir müssen die in den europäischen Verträgen beschworene politische Subsidiarität, die derzeit von der Brüsseler Bürokratie ausgehebelt wird, auf allen nationalen politischen Ebenen durchsetzen und sie durch eine wirtschaftliche Subsidiarität ergänzen.

Was heißt das?: Die Bürger Europas müssen auf allen nationalen politischen Ebenen indirekt (repräsentativ) und direkt (durch Volksentscheide) mitentscheiden können (kommunal, regional, national), und die wirtschaftliche Produktion muss soweit wie produktionstechnisch möglich dezentralisiert werden, so dass alle Bürger vor Ort am Wirtschaftsleben teilnehmen und teilhaben können.

Zwei parallele wirtschaftspolitische Schritte sind dazu erforderlich:

Erstens eine auf nationaler Ebene gesteuerte Dezentralisierung (Subsidiarisierung) der wirtschaftlichen Produktion, die dafür sorgt, Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Einkommen und Konsum so weit wie möglich auf die unteren Ebenen zu verlagern, Transporte zu minimieren, einen *ersten Schutzwall* gegen Versuche wettbewerblicher Verdrängung zu errichten und: die Bürger vor Ort politisch und wirtschaftlich eigenverantwortlich handeln zu lassen.

Zweitens eine Wiedereinführung nationaler Währungen, um innerhalb Europas und darüberhinaus einen *zweiten Schutzwall* gegen Verdrängungen zu errichten und gegenseitig wohlstands- und wohlfahrtsmehrenden Handel zu ermöglichen, indem Preisunterschiede durch Wechselkurse, Zölle und Kontingente neutralisiert werden.

Was heißt demokratisch?: Voraussetzung für demokratische Entscheidungsfindung ist eine uneingeschränkte Volkssouveränität, die in Europa den einzelnen nationalen Staatsvölkern zufällt bzw. auf allen nationalen und *subnationalen* Ebenen wieder hergestellt werden muss. Souveränität ist nur gegeben, wenn jedem Staatsvolk auf der Grundlage seiner nationalen Verfassung die letzte Entscheidung über sein Schicksal zufällt; das schließt die Entscheidung ein, ob und wie sich ein Staatsvolk in Europa integrieren will. Ohne Souveränität der Staatsvölker, bzw. mit der Illusion einer gesamteuropäischen Volkssouveränität, begibt sich Europa unter das Diktat einer Oligarchie aus industriellen Einflüsterern und politischen Opportunisten.

Wie ist die europäische Integration zu gestalten?: Da es eine gesamteuropäische Volkssouveränität nicht gibt, kann es auf europäischer Ebene auch keine demokratischen Entscheidungen geben, weil sonst einzelne Völker durch Mehrheitsentscheidungen überstimmt und in ihrer Souveränität eingeschränkt würden. Eine demokratisch legitimierte Integration kann deshalb nur auf den Weg gebracht werden, indem nationale Repräsentanten auf der europäischen Ebene normative Vorgaben vereinbaren – zum Beispiel für den inner- und außereuropäischen Handel, für eine gemeinsame Außenpolitik oder für soziale und ökologische Ziele – die von den Nationalstaaten in eigener Verantwortung und Geschwindigkeit souverän umgesetzt werden. Der Umfang europäischer Institutionen reduziert sich dadurch auf ein Minimum. Und während die Völker Europas wohlstands- und wohlfahrtsmehrend miteinander handeln, schreitet die Integration zu einem Staatenbund souveräner Gliedstaaten unaufhaltsam voran und stärkt das europäische Bewusstsein.